

## Mehr Geld für die arme Welt

Der Entwicklungsetat wird aufgestockt, bleibt aber weit unter dem 0,7-Prozent-Ziel. Seite 10



## Früher extrem unterwegs

Ehemalige Rechte spielen in Berlin in den Polizeigewerkschaften eine Rolle. Seite 11

Bild: 123rf/ Micha Rosenwirth

## Goldene Krume

Äcker im Osten sind begehrt und werden immer teurer. Seite 3

Bild: imago/blickwinkel



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 31. März 2015

70. Jahrgang/Nr. 76

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Überfordert von der Realität

René Heilig zu NSU-Ermittlungen und detailreicher Desinformation

Eine junge, sportliche, lebenslustige Frau, geboren in einem kleinen kroatischen Dorf, ist in einem kleinen schwäbischen Nest gestorben. Tragisch. Und vielleicht viel mehr, denn die 20-Jährige war erst vor ein paar Tagen Zeugin des Stuttgarter NSU-Untersuchungsausschusses.

Beim plötzlichen Tod der Zeugin, so eilen sich Ermittler mitzuteilen, ist Fremdverschulden nicht festzustellen. Nicht feststellbar heißt nicht, Mord sei ausgeschlossen. Jede Skepsis ist begründet. Gerade den in Baden-Württemberg für NSU-Aufklärung zuständigen Regierungspolitikern, unterstellten Staatsanwälten und Polizisten ist nur eingeschränkt Ermittlungswille zu attestieren.

Seit dem Auffliegen der mordenden Nazi-Terroristen sind dreieinhalb Jahre vergangen. Es gab und gibt sechs parlamentarische Untersuchungsausschüsse. Der des Bundestages schrieb einen 1300-seitigen Bericht, der aus Thüringen fasste seine bisherigen Erkenntnisse auf 1800 Seiten zusammen. Medien förderten Zehntausende Details zutage. In München läuft ein Prozess mit Hunderten Zeugen. Insider haben Mühe beim Sortieren des Grauens. Was wissen da Bürger eigentlich über den NSU, seine Ursachen und das »Versagen« des Staates? Längst ist aus der weiter so notwendigen Herausforderung zur Aufklärung für Menschen aller Generationen eine massenhafte Überforderung geworden. Dass der vom NSU auf die Spitze getriebene Rassismus ein System im herrschenden System ist, haben dabei leider zu wenige begriffen.

## UNTEN LINKS

Seit Sonntag sind die Europäer wieder einem der schlimmsten Auswüchse zentralistisch-diktatorischer Willkür ausgeliefert – der Sommerzeit. Sie macht Menschen und Tiere krank, erhöht die Risiken für Unfälle und Unglücke, bindet kreatives Potenzial beim stundenlangen Nudeln an winzigen Uhrenkronen und geht mit exorbitanten Kosten für die Gesellschaft einher. Warum also, in aller Welt, findet diese Wahnsinnsaktion immer wieder statt? Weil in der Brüsseler EU-Zentrale 17 343 Bedienstete sitzen, die ausschließlich zuständig sind für Erfassung und Registrierung sämtlicher in der Europäischen Union existenten Zeitmesser sowie deren Kategorisierung in Haupt-, Unter- und Nebengruppen. Diese Uhrabstimmung ist halbjährlich zum Wechsel Winter-/Sommerzeit et vice versa komplett im Uhrzeigersinn zu aktualisieren und aktenmäßig in den 24 Amts- und Arbeitssprachen der EU zu erfassen. Sollen diese 17 343 Menschen arbeitslos werden?! Ticktackticktick ... ibo

## Frankreich rückt nach rechts

Erneute Wahlniederlage für Sozialistische Partei / Premier Valls sagt Reisen ab



Mit den Worten »Die Liebe ist die Antwort auf den Hass« verschönertes Plakat der Front National Foto: AFP/Boris Horvat

## LINKE: Berlin will Athen scheitern lassen

Vorwürfe an Bundesregierung / Griechischer Finanzminister beklagt »offene Feindseligkeit«

Während die »Partner« in der EU Druck auf Athen machen, hofft die Tsipras-Regierung auf Erfolge ihrer Maßnahmen.

Berlin. Die LINKE hat der Großen Koalition in Berlin vorgeworfen, auf ein Scheitern der griechischen Regierung hinzuwirken. Die schwarz-rote Bundesregierung wolle in keinem Land der EU einen politischen Wechsel dulden, sagte LINKE-Geschäftsführer Matthias Höhn am Montag vor Journalisten in Berlin. Es scheine die Strategie der Bundesregierung zu sein, jeden Vorschlag aus Athen abzulehnen, »um diese Regierung scheitern zu lassen«.

Höhn kritisierte, es werde nur darüber gesprochen, wie die Banken gerettet werden – und nicht etwa, wie die Einkommenssituation der Menschen in Griechenland verbessert werden könnte. Würde Griechenland wirklich geholfen, würde sich auch die Frage erübrigen, ob Athen Unterstüt-

zung aus Russland bekommt. Berichten zufolge bemüht sich Athen derzeit um Hilfe aus Moskau. Ministerpräsident Alexis Tsipras will Anfang April in die russische Hauptstadt reisen.

Unterdessen hat der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis in einem Gastbeitrag für das Düsseldorfer »Handelsblatt« vom Montag »offene Feindseligkeit« im Streit um die Schuldenkrise seines Landes beklagt.

Vertreter von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) haben am Montag den dritten Tag in Folge die von der griechischen Regierung in Brüssel vorgelegten Sanierungsvorschläge geprüft. Griechenlands stellvertretender Finanzminister Dimitris Mardas sagte dem Radiosender To Vima, die Gläubiger drängten auf weitere Masseneinstellungen und niedrigere Renten. Die seit Januar amtierende Regierung von Minister-

präsident Tsipras hatte versprochen, sich dem zu widersetzen. Mardas sprach in diesem Zusammenhang von einer »roten Linie«, die nicht überschritten werden

»Von dem toxischen Schwarzer-Peter-Spiel profitieren einzig Europas Feinde.«

Minister Yanis Varoufakis im »Handelsblatt«

könne. EU und IWF wollen auch erreichen, dass Athen einige Schlüsselunternehmen und -richtungen privatisiert. Dazu sagte Mardas, Griechenland sei nicht bereit, seine Vermögenswerte »zu erniedrigenden Preisen« zu veräußern. Die Maßnahmen der Reformliste, die die griechische Regierung präsentiert hat, sollen 3,7 Milliarden Euro einbringen. Das

Berlin. Nach der Niederlage der Sozialistischen Partei (PS) bei den französischen Département-Wahlen hat Regierungschef Manuel Valls seinen für diesen Dienstag angekündigten Deutschlandbesuch abgesagt. Das bestätigte die Regierung am Montag ohne Angabe von Gründen. Valls wollte ursprünglich an den deutsch-französischen Regierungskonsultationen in Berlin teilnehmen und hatte zudem einen Besuch bei der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main geplant.

In Paris kommen an diesem Dienstag die Abgeordneten der PS in der Nationalversammlung zusammen. Zuletzt gab es Auseinandersetzungen über den Regierungskurs mit linken Abweichlern auch innerhalb der Fraktion.

Welche Konsequenzen die PS, Valls und Präsident François Hollande aus der Wahlschlappe ziehen, blieb am Montag offen. In den Wochen vor der Wahl war über eine Regierungsbildung nach dem Umengang spekuliert worden. Staatssekretär Thierry Mandon kündigte dagegen am Montag »Korrekturen« der Regierungspolitik an. Vertreter der PS und der Grünen wollten noch am Montagmittag Gespräche führen. Die Grünen waren vor einem Jahr aus der Regierung ausgeschieden.

Bei der Wahl der Bezirksparlamente hatten die Konservativen von Expräsident Nicolas Sarkozy die Mehrheit in zwei Dritteln der 101 Départements erobert. Damit konnte er seine Position als UMP-Anführer festigen und seiner Rückkehr in den Elysée-Palast bei den Präsidentschaftswahlen 2017 näherkommen.

Das linke Lager führt künftig vermutlich nur noch 34 Départements, bislang waren es 61. Die rechtsradikale Front National (FN) konnte wie bereits im ersten Wahlgang am Sonntag vor einer Woche starke Stimmenzuwächse verzeichnen, für eine Mehrheit in einem Département reichte es aber nicht. Dennoch ist aus den Zuwächsen für FN und UMP ein Rechtsruck zu erkennen.

Bereits bei den letzten drei Wahlen verlor die PS an Stimmen und Sitzen. Als Verantwortliche gelten dafür parteiübergreifend Staatschef Hollande und seine Regierung, die es nicht schafften, Frankreich aus der Wirtschaftskrise zu führen. nd

Seiten 2 und 4

## NSU-Zeugin tot – natürliche Ursache vermutet

Untersuchungsausschuss-Chef: Kein Ansatz für weitere Ermittlungen

Berlin. Der ungewöhnliche Tod einer Zeugin des baden-württembergischen NSU-Untersuchungsausschusses hat laut Staatsanwaltschaft eine natürliche Ursache. Nach dem vorläufigen Obduktionsergebnis starb die 20-jährige Melisa M. an einer Lungenembolie. Anzeichen für Fremdeinwirkung gebe es nicht, sagten die Ermittler am Montag.

Bereits im Vorfeld ihrer Aussage fühlte sich die Frau bedroht. Offenbar nicht grundlos. Sie war eine Ex-Freundin von Florian H., der 2013 unter ungeklärten Umständen umgekommen ist. Vor einer Vernehmung durch das Landeskriminalamt Stuttgart soll er sich in seinem Auto verbrannt haben. An der Suizidthese gibt es erhebliche Zweifel. H. hatte bereits vor dem Auffliegen des NSU behauptet zu wissen, wer 2007 den Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn begangen hat. Die Tat wird von der Bundesanwaltschaft – wie neun rassistisch motivierte Morde an Migranten – dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) zugeschrieben.

H.s nun verstorbene Freundin war am Samstagabend von ihrem Lebensgefährten in ihrer Wohnung gefunden worden. Sie soll einen Krampfanfall erlitten haben, ein Notarzt konnte sie nicht retten. Ursache sei eine Lungenembolie. Ein Hämatom im Knie soll letztlich die Embolie verursacht haben. Da eine solche Embolie häufig nicht oder falsch diagnostiziert wird, ordnete die Staatsanwaltschaft Karlsruhe weitere Analysen an. Man sei sich »der Brisanz des Falles bewusst«, so Staatsanwalt Tobias Wagner. Wolfgang Drexler (SPD), Chef des Untersuchungsausschusses, sieht keinen Ansatz für weitere Ermittlungen. »Es ist ein sehr tragischer und bedauerlicher Fall.« hei

Seite 5

## Abkommen mit Iran steht noch aus

Atomgespräche in Lausanne befinden sich in einer »kritischen Phase«

Lausanne. Einen Tag vor Ablauf der selbst gesetzten Frist haben sich die Verhandlungspartner in den Gesprächen über das iranische Atomprogramm weiter nicht auf ein Rahmenabkommen einigen können. Russlands Außenminister Sergej Lawrow kündigte am Montag seine vorläufige Abreise aus dem schweizerischen Lausanne an, will aber im Fall einer Einigung an diesem Dienstag zurückkehren. Die Bundesregierung sprach von einer »kritischen Phase«, aber auch von »erheblichen Fortschritten«.

Ein westlicher Diplomat sagte in Lausanne, es herrsche nach wie vor Uneinigkeit in drei zentralen Streitfragen. Dabei gehe es um die Laufzeit des geplanten Abkommens, die Aufhebung von Sanktionen und einen Mechanismus, diese wieder in Kraft zu setzen, sollte Iran sich nicht an die Vereinbarungen halten. Es sei nun der Moment gekommen, »Ja oder Nein« zu einem Abkommen zu sagen, erklärte der Diplomat.

Auch ein Sprecher des Auswärtigen Amtes sagte in Berlin, es gebe »weiterhin offene schwierige Fragen, die noch zu klären sind«. Zur Frage, ob bis diesen Dienstag eine Einigung erzielt werden könne, meinte der Sprecher: »Nichts ist vereinbart, solange nicht alles vereinbart ist.«

Die Außenminister der 5+1-Gruppe aus den UN-Vetomächten und Deutschland sowie ihr iranischer Kollege Mohammed Dschawad Sarif tagten am Montag in Lausanne zunächst in großer Runde. Anwesend waren Frank-Walter Steinmeier für Deutschland, John Kerry aus den USA, Laurent Fabius aus Frankreich, Philip Hammond aus Großbritannien, Lawrow aus Russland, Wang Yi aus China und die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini. Später wurde auf Expertenebene weiterdiskutiert. Agenturen/nd

ISSN 0323-3375

